

# Antworten der Parteien auf die Thesen vom Studi-Mat 2021

These	Volt	FDP	Linke	Grüne	SPD	CDU
1. Die Inanspruchnahme einer Psychotherapie darf für Lehrämter*innen kein Hindernis für eine Verbeamtung sein.						
2. Eine höhere Akademiker*innenquote soll erklärtes Ziel der Politik sein.						
3. Eine berufliche Ausbildung sollte denselben Stellenwert wie eine akademische Ausbildung haben.						
4. Der Bund soll die Einrichtung von unabhängigen Antidiskriminierungsstellen an den Hochschulen finanziell fördern.						
5. Lehrende sollen die Verwendung gendersensibler Sprache bei Prüfungen festlegen können.						
6. Es wird genug unternommen, um den Anteil von Frauen, Inter-, Non-Binary-, Trans- und Agender-Personen in Wissenschaft und Lehre zu erhöhen.						
7. Das dauerhafte Lehrangebot wird zu großen Teilen von befristetem Personal geleistet. Es besteht kein Bedarf zur Änderung.						
8. Der Bund soll sich aus der Finanzierung der Hochschulen zurückziehen und diese vollständig den Ländern überlassen.						
9. Studentische Hilfskräfte sollen in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes aufgenommen werden.						
10. Die Exzellenzstrategie soll in ein Förderprogramm umgebaut werden, von dem alle Hochschulen finanziell profitieren.						
11. Der Bund soll sich an den Kosten für Hochschulgebäudesanierung und Neubauten beteiligen.						
12. Der notenbasierte Schulabschluss ist ein geeignetes Selektionskriterium für den Hochschulzugang.						
13. Das Bachelor/Master-System hat sich vollumfänglich bewährt.						

These	Volt	FDP	Linke	Grüne	SPD	CDU
14. Das Angebot an nicht-deutschsprachigen Kursen und Studiengängen soll erhöht werden.						
15. Sollen die Hochschulen in der Lehre, der Forschung und in ihrem Wirken gesellschaftlicher Verantwortung mehr Stellenwert beimessen.						
16. Studentenverbindungen sind wertvoller Bestandteil deutscher Hochschulen.						
17. Vom Bund geförderte Hochschulforschung darf ausschließlich zivilen Zwecken dienen.						
18. Deutschland soll sich bei Angriffen auf Wissenschafts- und Lehrfreiheit im europäischen Hochschulraum gegenüber Kooperationspartnern stärker für den Schutz dieser positionieren.						
19. Im Rahmen der European Universities Initiative sollte die flächendeckende Einführung europäischer Hochschulabschlüsse angestrebt werden.						
20. Ausländische Studierende sollen von der Pflicht zur Führung eines Sperrkontos befreit werden.						
21. Die Quote der öffentlich geförderten Studierendenwohnheimspätzen soll deutlich erhöht werden. Die dafür nötigen Mittel stellt vor allem der Bund den Studierendenwerken zur Verfügung.						
22. Für Studierende mit Behinderung und chronischer Erkrankung müssen Barrieren auf dem Weg zum Hochschulabschluss stärker abgebaut werden.						
23. Der Bund trägt dazu bei, dass der Betrieb der Hochschulen bis spätestens 2030 komplett klimaneutral ist.						
24. Bildung für nachhaltige Entwicklung soll in den Curricula verankert werden.						
25. Das BAföG soll wieder zu einem Vollzuschuss werden.						
26. Förderung nach BAföG soll nur von dem*der Empfänger*in abhängig sein, nicht von der Familie.						

These	Volt	FDP	Linke	Grüne	SPD	CDU
27. Die Höhe des BAföGs muss sich an den regelmäßig zu erhebenden reellen Bedarfen von Studierenden ausrichten. In einem ersten Schritt ist der Höchstsatz auf mindestens 1000€ anzuheben.						
28. Die Wohnpauschale des BAföGs soll an die örtlichen Mietpreise angepasst werden.						
29. Öffentliche Kultureinrichtungen sollen bundesweit für Studierende kostenlos sein. Die Gründung studentischer Bars, Kneipen und anderer Kultureinrichtungen soll staatlich gefördert werden.						
30. Die Gründung studentischer Bars, Kneipen und anderer Kultureinrichtungen soll staatlich gefördert werden.						

### Legende:



Ja



Nein



Enthaltung



Keine Antwort